

<b>Stellungnahme</b>	Datum: 15.02.2018
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Büro des Oberbürgermeisters	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter:	

### **Namenssuche für das Gelände der ehemaligen IGA 2003**

#### **Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Zuständigkeit
20.02.2018	Ortsbeirat Groß Klein (4)	Kenntnisnahme
01.03.2018	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Kenntnisnahme	
06.03.2018	Ortsbeirat Schmarl (7)	Kenntnisnahme
07.03.2018	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

#### **Sachverhalt:**

Mit dem Ende von Gartenbauausstellungen sind grundsätzlich die Namensrechte an Begriffen wie „Internationale Gartenbauausstellung“ oder „Bundesgartenschau“ erloschen. Seit dem Jahre 2010 steht die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mit der IGA Rostock 2003 GmbH in Kontakt, um die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bei der Findung von dauerhaften und tragfähigen Konzepten zur Nachnutzung zu unterstützen. Dabei wurde und wird deutlich, dass die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft ein sehr großes Eigeninteresse für erfolgreiche Nachnutzungen hat. Leider haben die Bemühungen der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft bis heute keine nennenswerten Ergebnisse gebracht. Insbesondere die fortdauernde Verwendung der Namensrechte führt bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft zu Irritationen. Am 13.12.2017 erreichte die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ein Brief der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft in dem dies deutlich zum Vorschein kommt. Es gibt in Deutschland sehr viele gute Beispiele für erfolgreiche Nachnutzungen von Gartenschauen, im Sinne einer ganzheitlichen und modernen Stadtentwicklung. Der Versuch einer kommerziellen touristischen Weiternutzung eines ehemaligen IGA-Geländes ist nur in Rostock vorgenommen worden. Durch die IGA im Jahre 2003 ist zwischen den Stadtteilen Schmarl und Groß Klein eine hochqualitative Parklandschaft entstanden, die insbesondere den Rostocker Nordwestenaufwertet. Die Nutzung als Parklandschaft in einem Siedlungsschwerpunkt, verbunden mit dem Konfliktfeld der Namensrechte sprechen für die Suche nach einem neuen Namen.

Eine Namensfindung in Form eines Bürgerwettbewerbs verspricht in der Regel eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und lenkt die Aufmerksamkeit positiv auf die betroffenen Bereiche.

Roland Methling